

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 426

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/1053

Teure Schildbürgerstreiche beim Holzkraftwerk Eberswalde

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen des Fragestellers: Das Holzkraftwerk Eberswalde HOKAWE machte in den vergangenen Jahren reihenweise negative Schlagzeilen. 2011 erfolgte eine Insolvenz. Was angesichts der „ungewöhnlich“ günstigen Holz-Lieferverträge mit dem Landesforstbetrieb für Verwunderung sorgte. Schon damals stellten sich auf Nachfrage jedoch Merkwürdigkeiten heraus. Auf die Frage, ob es stimme, dass der Landesbetrieb Forst die vereinbarte Holzmenge im Sortiment Energieholz gar nicht aus dem Landeswald liefern kann, antwortete die Landesregierung geantwortet: „Ja, das verfügbare Aufkommen an Energieholz nach den Maßstäben des Vertrages in diesem Raum reicht nicht aus.“ Zudem äußerte sich die Landesregierung zum Vorwurf künstlich niedriger Preise wie folgt: „Der Landesbetrieb Forst Brandenburg hat in der Vergangenheit keine Lieferkonditionen unterhalb des Marktpreises beabsichtigt und hat dies auch künftig nicht vor.“ (Zitate jeweils Kleinen Anfrage 1676 vom 10.11.2011, Drucksache 5/4499).

Es schloss sich 2012 ein Großbrand im insolventen HOKAWE an, bei dem ein Kühlturm zerstört wurde. 2013 stellte die Europäische Union eine ungerechtfertigte staatliche Beihilfe durch das Land Brandenburg fest. Jahrelang war durch den Landesbetrieb Forst künstlich verbilligt Holz weit unter Marktpreis geliefert worden. Dies führte dazu, dass die Bundesrepublik beim (inzwischen insolventen) HOKAWE 2,4 Millionen Euro zurückfordern sollte. 2014 versuchte der Landkreis Barnim unter Federführung des Landrates das finanziell und zum Teil auch wortwörtlich abgebrannte HOKAWE zu kaufen. Hierzu wurde die kreiseigene „Barnimer Energiegesellschaft“ gegründet und mit Personal ausgestattet. Doch der Kauf des HOKAWE scheiterte unter hohen Kosten für den Landkreis. Unter anderem, da beim Geschäftsplan des Landkreises davon ausgegangen wurde, dass gemäß altem Liefervertrag vom Landesforstbetrieb Holz zu den alten Konditionen geliefert würde. Der gescheiterte Kauf hinderte den Landkreis jedoch nicht daran, die „Barnimer Energiegesellschaft“ samt Angestellten fortzuführen, auch wenn es gar kein Kraftwerk zu verwalten gibt. Man fand - oder erfand - hierzu einfach neue Aufgabenbereiche.

Frage 1: Welche genauen Kosten entstanden dem Landkreis Barnim durch den gescheiterten Versuch, das HOKAWE zu übernehmen?

zu Frage 1: Die Umfirmierung der seinerzeit in Liquidation befindlichen Gesellschaft für Abfallwirtschaft Barnim mbH in die Barnimer Energiegesellschaft mbH wurde am 24.04.2012 vollzogen. Zum Zweck des beabsichtigten Erwerbs des Holzkraftwerkes wurde im Jahr 2012

Eingegangen: 18.05.2020 / Ausgegeben: 25.05.2020

das Stammkapital der Barnimer Energiegesellschaft mbH von 26 T€ auf 2.526 T€ erhöht. Nach dem Scheitern des Erwerbs wurde die Kapitalherabsetzung um 2.500 T€ eingeleitet und nach Ablauf der Fristen entsprechend § 58 Abs. 1 Nr. 3 GmbHG im Jahr 2014 durch Rückführung des Betrages an den Landkreis Barnim als Gesellschafter umgesetzt. Zudem gewährte der Landkreis der Barnimer Energiegesellschaft mbH im Jahr 2014 ausweislich der Angaben des Beteiligungsberichtes einen einmaligen Zuschuss für entstandene Verluste der Vorjahre aus dem Projekt „Holzkraftwerk“ in Höhe von 184 T€.

Frage 2: Über wie viel Personal verfügt die „Barnimer Energiegesellschaft“ des Landkreises Barnim? Welche Kosten verursachte sie in den vergangenen Jahren (bitte tabellarisch nach Jahren auflisten, beginnend im Jahr der Gründung)?

zu Frage 2:

Jahr	Anzahl der Beschäftigten	Aufwand gesamt in T€
2012	0	243,3
2013	2	192,4
2014	2	252,8
2015	3	321,5
2016	3	340,2
2017	4	316,2
2018	3	287,7

Frage 3: Welche Aufgaben hat derzeit die „Barnimer Energiegesellschaft“? Welche konkreten Erfolge konnten vorgewiesen werden, die ohne sie nicht möglich gewesen wären?

zu Frage 3: Dem aktuellen Gesellschaftsvertrag nach hat die Barnimer Energiegesellschaft mbH nachfolgende Aufgaben:

- Beratung, Begleitung und Umsetzung aller Maßnahmen zur nachhaltigen Realisierung der Nullemissionsstrategie im Landkreis Barnim und seinen Gemeinden.
- Entwicklung von Konzepten und Projekten, die insbesondere der Umstellung der Energiewirtschaft im Landkreis Barnim dienen, soweit der Landkreis unter Beachtung des § 122 Abs. 3 BbgKVerf zuständig ist. Dabei steht die Umstellung auf erneuerbare Energien im Mittelpunkt.
- Energieeffizienzberatung und Öffentlichkeitsarbeit.
- Planung und Koordinierung der energiewirtschaftlichen Tätigkeit ihrer Gesellschafter insbesondere durch Identifikation und die Konzeption geeigneter Projekte in den Bereichen dezentrale Erzeugung und Speicherung von Strom und Wärme.
- Gestaltung der örtlichen und regionalen Energieinfrastruktur insbesondere in Form von Projekten in den Bereichen Ausbau der Verteilnetze, Auf- und Ausbau einer Ladeinfrastruktur zur Förderung der Elektromobilität, Digitalisierung der Energiewirtschaft, Integration erneuerbarer Energien und Förderung der Energieeffizienz.

Zur Frage, welche konkreten Erfolge der Barnimer Energiegesellschaft mbH vorgewiesen werden können, die ohne sie nicht möglich gewesen wären, liegen der Landesregierung keine Informationen vor. Diese sind nicht Prüfungsgegenstand kommunalaufsichtsrechtli-

cher Betrachtungen. Informationen über den aktuellen Stand konkreter Projekte der Barnimer Energiegesellschaft können den Beteiligungsberichten des Landkreises Barnim entnommen werden.

Frage 4: Wie stuft die Landesregierung die derzeitige Versorgungssituation Brandenburgs mit Holz als Rohstoff und für Heizzwecke ein?

zu Frage 4: Auf Grund der aktuellen Schadsituation in den Wäldern und den damit verbundenen großen Mengen von Holz, das sowohl als Laub- als auch als Nadelholz durch Kalamitätsnutzungen entsteht, ist die Versorgung der Holzverarbeitenden Betriebe Brandenburgs sehr gut. Dies trifft auch für das Aufkommen von Holz zu, das für eine energetische Nutzung zur Verfügung steht.

Frage 5: Welcher Anteil des Bedarfs an Holz in Brandenburg kann aus dem Land selbst gedeckt werden?

zu Frage 5: Der konkrete Rohholzbedarf der Holzverarbeitenden Industrie im Land Brandenburg ist der Landesregierung nicht bekannt, da der Produktionsumfang der jeweiligen Industriebereiche absatzmarktorientiert gesteuert wird. Hierdurch entstehen regelmäßig große Nachfrageschwankungen auf dem Holzmarkt. Die Holzverarbeitende Industrie kauft zudem zur Sicherung der Rohstoffversorgung auch überregional größere Mengen Holz ein.

Frage 6: Wie wurde mit der Forderung der Europäischen Union an die Bundesrepublik Deutschland umgegangen, gegenüber dem (insolventen) HOKAWE Rückforderung über 2,4 Millionen Euro wegen ungerechtfertigter staatlicher Beihilfe geltend zu machen?

zu Frage 6: Die Summe von 2.767.809,43 Euro incl. Zinsen und Zinseszinsen wurden mit Rückforderungsbescheid vom 12.03.2014 von der HOKAWE Holzkraftwerk Eberswalde GmbH eingefordert und im Insolvenzverfahren zur Insolvenzmasse angemeldet.

Frage 7: Welche Stelle war für die finanzielle Gestaltung der Holz-Lieferverträge an das HOKAWE in den Jahren bis 2013 verantwortlich? Welche Stellen waren beteiligt oder haben hierbei Einfluss ausgeübt?

zu Frage 7: Der Holzliefertrag mit der HOKAWE Holzkraftwerk Eberswalde GmbH wurde am 29.06.2005 vom damaligen Referatsleiter „Forstbetrieb“ im Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) abgeschlossen. Die jährlichen preislichen und mengenmäßigen Anpassungen erfolgten durch das für den Holzverkauf zuständige Referat des Ministeriums und nach Gründung des Landesbetriebs Forst Brandenburg 2009 durch diesen.

Frage 8: Welche Konsequenzen wurden aus der Feststellung der EU gezogen, dass es sich um eine ungerechtfertigte staatliche Beihilfe handelte?

zu Frage 8: Der Liefervertrag mit HOKAWE Holzkraftwerk Eberswalde GmbH aus dem Jahr 2005 wurde im zweiten Halbjahr 2011 geändert und eine neue Preisfindung und Liefermenge vereinbart.

Frage 9: Ist der ursprünglich bis 2021 angesetzte Liefervertrag vom September 2011 zwischen Landesbetrieb Forst und HEIZ1 derzeit noch in Kraft?

zu Frage 9: Nein.

Frage 10: Wenn der Vertrag Liefervertrag vom September 2011 zwischen Landesbetrieb Forst und HEIZ1 nicht mehr in Kraft ist: Wann wurde der Vertrag Liefervertrag beendet? Warum wurde der Vertrag Liefervertrag beendet? Gibt es derzeit einen anderen Vertrag mit HEIZ1, wenn ja, mit welchen Konditionen und welcher Laufzeit?

Frage 11: Falls der Liefervertrag vom September 2011 mit HEIZ1 fortgesetzt wurde: Beabsichtigt die Landesregierung, den Landesbetrieb Forst zu beauftragen, den zum 01.06.2021 auslaufenden Holzliefervertrag zu verlängern?

zu Fragen 10 und 11: Der Vertrag mit der HOKAWE Holzkraftwerk Eberswalde GmbH wurde im November 2014 beendet. Die EU-Kommission hat im Beihilfeverfahren darauf gedrungen, dass alle wirtschaftlichen Tätigkeiten der HOKAWE Holzkraftwerk Eberswalde GmbH eingestellt werden. Es gibt einen aktuellen Vertrag mit 1 Heiz Energie GmbH zu marktüblichen Preisen mit einer Laufzeit vom 01.01.-31.12.2020.

Frage 12: Wie viel Holz wurde in welchen Jahresscheiben seit Beginn am 1.6.2006 aus den Landesforsten an das HOKAWE bzw. spätere HEIZ1 geliefert?

zu Frage 12:

Jahr	Menge (rm)
2006	13.116
2007	142.793
2008	137.683
2009	141.274
2010	139.045
2011	62.680
2012	91.790
2013	155.713
2014	179.147
2015	91.776
2016	80.900
2017	95.586
2018	65.408
2019	139.144

Frage 13: Konnte der Bedarf in den jeweiligen Jahren mit Energieholz aus dem Landeswald gedeckt werden? Wenn nein: Wie wurde der Bedarf stattdessen gedeckt?

zu Frage 13: Wie hoch der Bedarf an Holz der HOKAWE Holzkraftwerk Eberswalde GmbH sowie der 1 Heiz Energie GmbH jeweils war und aus welchen Waldeigentumsarten außerhalb des Landeswaldes die Lieferströme kamen, ist der Landesregierung nicht bekannt.

Frage 14: Ist nach den Vorgaben der Landesregierung der Landesbetrieb Forst berechtigt oder gar verpflichtet, HEIZ1 preisliche Sonderkonditionen einzuräumen, d.h. wie in der Vergangenheit Energieholz unter Marktpreis zu verkaufen?

zu Frage 14: Es gibt seitens der Landesregierung keine solchen Vorgaben.

Frage 15: Ist nach den Vorgaben der Landesregierung HEIZ1 - mit Hinweis auf die empfohlene Kaskadennutzung - berechtigt, auch höherwertige Sortimente zur Verbrennung einzusetzen?

zu Frage 15: Es gibt seitens der Landesregierung hierzu keine Vorgaben.

Frage 16: Nutzt das HEIZ1 seine zwangsläufig anfallende Abwärme als Fernwärme für umliegende Verbraucher? Falls nein: Warum nicht und ist dies als Umbaumaßnahme Rahmen von Klimaschutz und Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung vorgesehen?

zu Frage 16: Die anfallende Abwärme wird in einer Größenordnung von 9 MW (max. 11,5 MW) für das in der unmittelbaren Nachbarschaft gelegene Pelletwerk genutzt. Eine 2009 erteilte Änderungsgenehmigung ermöglicht außerdem die Einbindung in das Fernwärmenetz der Stadt Eberswalde im Umfang von 19 MW. Inwieweit dies erfolgt, ist der Landesregierung nicht bekannt. Informationen zu geplanten Umbaumaßnahmen liegen der Landesregierung nicht vor.

Frage 17: Verfügt das HEIZ1 über Feinstaubfilter?

zu Frage 17: Das Holzheizkraftwerk der 1 Heiz Energie GmbH verfügt über eine Rauchgasreinigungsanlage mit einem Doppelzyklon und nachgeschaltetem Gewebefilter (8 Kammern). Die Rauchgasreinigung umfasst verschiedene Verfahrensschritte: Stickstoffoxidreduzierung (SNCR-Verfahren - Harnstofflösung als Reduktionsmittel), Vorentstaubung und am Ende im Gewebefilter eine Feinstaubabscheidung. Die Einhaltung der gemäß 13. BImSchV genehmigten Emissionsgrenzwerte wird durch Messungen überwacht. Sowohl bei den kontinuierlichen Messungen als auch bei den Einzelmessungen gab es beim Betrieb bisher keine Überschreitungen der zulässigen Werte. 2018 wurde ein Mittelwert für die Staubkonzentration von 0,1 mg/m³ ermittelt.

Frage 18: Wie stuft die Landesregierung das HEIZ1 aus Umweltgesichtspunkten ein?

Frage 19: Hält die Landesregierung den Weiterbetrieb von HEIZ1 aus wirtschaftlichen und Umweltgesichtspunkten für gerechtfertigt?

zu Fragen 18 und 19: Das Holzheizkraftwerk der 1 Heiz Energie GmbH ist eine immissionschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlage, die u. a. den Bestimmungen der Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbine- und Verbrennungsmotorenanlagen (13. BImSchV) unterliegt. Die sich daraus ergebenden Anforderungen an die Emission von Luftschadstoffen - dies belegt die messtechnische Ermittlung der relevanten Schadstoffe - werden eingehalten. Der Betreiber erfüllt darüber hinaus die Anforderungen des § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG, wonach zur Gewährleistung eines insgesamt hohen Schutzniveaus für die Umwelt durch den Betrieb schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht

hervorgerufen werden dürfen. Der Einsatz von Holz als Brennstoff leistet - insbesondere wie hier, in Kombination mit der Nutzung der entstehenden Abwärme (Kraft-Wärme-Kopplung) - einen Beitrag zum Klimaschutz und wird von der Landesregierung daher als positives Beispiel der energetischen Nutzung heimischer Biomasse eingeschätzt. Zur Beurteilung einer wirtschaftlichen Rentabilität der Anlage liegen der Landesregierung keine Informationen vor.